



Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal und der Mechanismus für einen gerechten Übergang

Brüssel, 14. Januar 2020

Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal – was ist das?

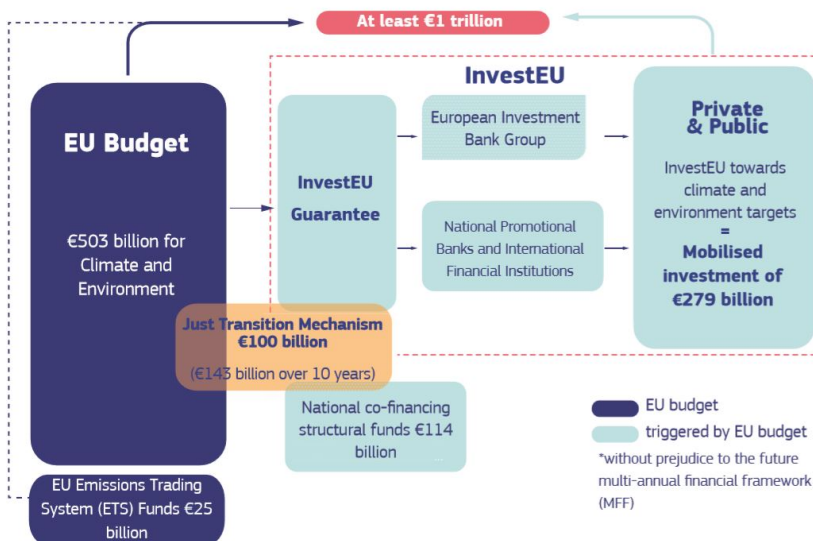
Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal (IPEGD), auch Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa genannt, ist die Investitionssäule des Grünen Deals. Um die im europäischen Grünen Deal gesteckten Ziele zu erreichen, wird der Plan Investitionen in Höhe von mindestens 1 Billion EUR über die nächsten zehn Jahre mobilisieren. Der Mechanismus für einen gerechten Übergang, der ein Teil des Plans ist, soll für einen fairen und gerechten grünen Übergang sorgen. Er wird Investitionen von mindestens 100 Mrd. EUR über den Zeitraum von 2021 bis 2027 anschieben, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Bevölkerung in den vom Übergang am stärksten betroffenen Regionen zu unterstützen.

Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal setzt an drei Stellen an:

- Erstens wird er eine Aufstockung der Mittel für den Übergang vorsehen und über den EU-Haushalt und dessen Instrumente wie das Programm „InvestEU“ mindestens 1 Billion EUR für nachhaltige Investitionen im neuen Jahrzehnt mobilisieren.
- Zweitens wird er geeignete Rahmenbedingungen für private Investoren und den öffentlichen Sektor schaffen, um nachhaltigen Investitionen den Weg zu ebnen.
- Drittens sieht er vor, Behörden und Projektträger bei der Auswahl, Strukturierung und Durchführung nachhaltiger Projekte gezielt zu unterstützen.

Wie wird der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal finanziert? Wie werden 1 Billion EUR mobilisiert?

WHERE WILL THE MONEY COME FROM?



*The numbers shown here are net of any overlaps between climate, environmental and Just Transition Mechanism objectives.

Bis 2050 der erste klimaneutrale Block zu werden, ist sowohl eine große Herausforderung als auch eine große Chance. Der EU-Haushalt, die Mitgliedstaaten und private Akteure werden alle eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des europäischen Grünen Deals spielen. Die Mittel des EU-Haushalts allein reichen nicht aus, um die Klimaherausforderung zu bewältigen und den massiven weltweiten Investitionsbedarf zu decken. Mitgliedstaaten und private Akteure müssen für das nötige Volumen sorgen.

Der nächste langfristige EU-Haushalt erstreckt sich auf die sieben Jahre 2021 bis 2027 und wird umfangreiche Mittel für klima- und umweltbezogene Ziele bereitstellen. Die Kommission hat vorgeschlagen, 25 % des EU-Haushalts für Klimaschutz und Umweltausgaben im Rahmen

verschiedener Programme vorzusehen (u. a. [Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums](#), [Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft](#), [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](#), [Kohäsionsfonds](#), [Horizont Europa](#) und [LIFE-Programm](#)). Werden alle Mittel zusammengekommen und von 7 auf 10 Jahre hochgerechnet, erreicht der Beitrag aus dem EU-Haushalt für den Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal 503 Mrd. EUR, sofern das Klimaziel nach 2027 zumindest in derselben Höhe aufrechterhalten wird. Mit diesen Mitteln werden zusätzliche nationale Kofinanzierungen in Höhe von 114 Mrd. EUR für Klima und Umwelt in diesem Zeitraum mobilisiert.

InvestEU wird rund 279 Mrd. EUR an privaten und öffentlichen Klima- und Umweltinvestitionen im Zeitraum 2021-2030 anstoßen. Er sieht eine EU-Haushaltsgarantie vor, damit die EIB-Gruppe und andere Durchführungspartner Mittel für mehr und riskantere Projekte bereitstellen und so private Investoren gewinnen können.

Damit niemand zurückbleibt, wird der Mechanismus für einen gerechten Übergang für den Zeitraum von 2021 bis 2027 mindestens 100 Mrd. EUR mobilisieren in Form von EU-Haushaltsmitteln, Kofinanzierungen der Mitgliedstaaten und Beiträgen von InvestEU und der Europäischen Investitionsbank (EIB). Hochgerechnet auf zehn Jahre sind dies rund 143 Mrd. EUR.

Ferner werden aus dem Innovationsfonds und dem Modernisierungsfonds, die nicht Teil des EU-Haushaltsplans sind, sondern mit einem Teil der Einnahmen aus einem wichtigen politischen Instrument – der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten im Rahmen des Emissionshandelssystems der EU – finanziert werden, circa 25 Mrd. EUR für die Klimawende der EU bereitgestellt, wobei sich der Modernisierungsfonds speziell an Mitgliedstaaten mit niedrigerem Einkommen richtet.

Wieviel davon ist neues Geld?

Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal baut auf dem Kommissionsvorschlag für den langfristigen Haushalt 2021-2027 auf. Während der 7-jährigen Laufzeit des langfristigen Haushalts wird er 25 % der EU-Haushaltsmittel für den Klimaschutz und die Erreichung von Umweltzielen im Rahmen verschiedener EU-Programme mobilisieren. Hochgerechnet auf 10 Jahre dürfte sich der Beitrag aus dem langfristigen Haushalt auf 503 Mrd. EUR belaufen, sofern das Klimaziel nach 2027 zumindest aufrechterhalten wird. Der langfristige Haushalt 2021-2027 durchläuft zurzeit das Annahmeverfahren. Die Zahlen wurden unbeschadet der endgültigen Einigung über den nächsten langfristigen Haushalt und den langfristigen Haushalt nach 2027 auf zehn Jahre hochgerechnet.

Der Investitionsplan baut auch auf den Beiträgen aus nationalen Haushalten zu EU-Projekten auf sowie auf öffentlichen und privaten Investitionen, die durch InvestEU mobilisiert werden, und auf den EHS-Einnahmen (Modernisierungs- und Innovationsfonds).

Die Kommission hat vorgeschlagen, im Rahmen des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal einen Mechanismus für einen gerechten Übergang einzuführen, der auch einen neuen Fonds für einen gerechten Übergang umfasst. Der Fonds für einen gerechten Übergang wird mit frischem Geld in Höhe von 7,5 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt ausgestattet, das zu den Mitteln hinzukommt, die die Kommission in ihrem 2018 vorgelegten Vorschlag für den langfristigen Haushalt vorgesehen hat.

Müssen die Vorschläge für den nächsten langfristigen Haushalt (2021-2027) geändert werden, damit diese EU-Mittel bereitgestellt werden können?

Am [2. Mai 2018](#) hat die Kommission einen Vorschlag für einen modernen, ausgewogenen und gerechten Haushalt vorgelegt, um die [Prioritäten Europas zu verwirklichen, die die Staats- und Regierungschefs 2016 in Bratislava](#) und [2017 in Rom](#) festgelegt haben. Die 37 sektorspezifischen Vorschläge wurden unmittelbar danach vorgelegt. Seitdem bemüht sich die Kommission gemeinsam mit dem turnusmäßig wechselnden Vorsitz des Rates und dem Europäischen Parlament darum, die Verhandlungen voranzubringen. Beim Gesamtrahmen und vielen der sektoralen Vorschläge sind bereits gute Fortschritte erzielt worden.

Die Kommission möchte die Prioritäten umsetzen, die in den politischen Leitlinien als Teil der übergeordneten Zielsetzung für den EU-Haushalt verankert sind. Ein ehrgeiziger Mechanismus für einen gerechten Übergang zählt zu diesen Prioritäten. Deshalb hat diese Kommission diesen Vorschlag gleich zu Beginn ihrer Amtszeit vorgelegt.

Die Vorschläge für den Mechanismus für einen gerechten Übergang und für die Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang kommen zu einem Zeitpunkt, zu dem die Verhandlungen über den langfristigen EU-Haushalt bereits relativ weit fortgeschritten sind. Sie werden in den Gesamtverhandlungsprozess einfließen. Dabei steht im Vordergrund, ein Ergebnis zu erzielen, das unseren Zielen gerecht wird, gleichzeitig aber auch die allgemeinen Zwänge berücksichtigt. Der Vorschlag für den langfristigen Haushalt wird daher nicht geändert, und die Kommission geht davon aus, dass die neuen Vorschläge im Rahmen der endgültigen Einigung über den **langfristigen** Haushalt 2021-2027 angenommen werden. Die vom finnischen Ratsvorsitz vorgelegte Verhandlungsbox

beinhaltet einen Vermerk über den Mechanismus, in dem darauf hingewiesen wird, dass für dieses neue Instrument zusätzliche Mittel erforderlich sind.

Gibt es Überschneidungen zwischen der 1 Billion EUR des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal und der 1 Billion EUR, die die Europäische Investitionsbank für Klimaprojekte in Aussicht gestellt hat?

Die Kommission hat zugesagt, Investitionen in Höhe von mindestens 1 Billion EUR über die nächsten zehn Jahre zu mobilisieren, um einen gerechten und grünen Übergang zu fördern. InvestEU wird dabei eine zentrale Rolle spielen. Die EIB wird ebenfalls zu diesem Ziel von InvestEU beitragen. Dies gilt auch für die InvestEU-Regelung für einen gerechten Übergang, die die zweite Säule des Mechanismus für einen gerechten Übergang ist, und die dritte Säule des Mechanismus in Form einer Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor. Nimmt man die Investitionen zusammen, die im Rahmen von EU-Instrumenten und durch den EU-Haushalt mobilisiert werden, beläuft sich der EIB-Beitrag zum Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal auf rund 250 Mrd. EUR.

Ferner hat die EIB angekündigt, ihr Klimaziel von derzeit 25 % auf 50 % bis 2025 anzuheben. Die Investitionen von insgesamt 1 Billion EUR in den nächsten zehn Jahren schließen die Finanzierungen der EIB und die Finanzierungen im Rahmen von EU-Instrumenten und aus dem EU-Haushalt ein.

In welchem Verhältnis stehen der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal und InvestEU?

Das InvestEU-Programm wurde im Juni 2018 als Teil des künftigen langfristigen EU-Haushalts vorgeschlagen. Es ist Teil des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal und ergänzt ihn.

Mindestens 30 % der im Rahmen von InvestEU mobilisierten Finanzmittel fließen in Klima- und Umweltprojekte. Ferner trägt das Programm mit einer eigens neu eingeführten InvestEU-Regelung zum Mechanismus für einen gerechten Übergang bei, um nachhaltige Investitionen in Höhe von 45 Mrd. EUR in den von den Herausforderungen des Übergangs am stärksten betroffenen Regionen zu mobilisieren.

InvestEU wird auch bei der Förderung nachhaltiger Verfahrensweisen privater und öffentlicher Geldgeber und Projektträger eine wichtige Rolle spielen. Dazu werden Standards für die Verfolgung klimabezogener Investitionen und die Bewertung der ökologischen und sozialen Auswirkungen von Projekten festgelegt.

Ferner wird über die InvestEU-Beratungsplattform technische Hilfe und Beratung bereitgestellt. Sie wird öffentlichen und privaten Projektträgern dabei helfen, grüne Investitionsprojekte auszuwählen, zu entwickeln und durchzuführen. Und mit dem InvestEU-Portal steht auch künftig ein kostenloses und benutzerfreundliches Online-Tool zur Verfügung, das europäischen Unternehmen und Projektträgern, die auf der Suche nach finanziellen Mitteln sind, Visibilität und Möglichkeiten zur Vernetzung mit Investoren in der ganzen Welt bietet.

Projekte welcher Art werden über den Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal finanzielle Mittel erhalten? Wer kann diese in Anspruch nehmen?

Die über den Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal finanzierten Projekte werden zum Erreichen der Ziele des Grünen Deals sowie zum Entstehen einer neuartigen Industrie beitragen, die saubere Energie nutzt und sich an der Kreislaufwirtschaft orientiert, und hochwertige Arbeitsplätze schaffen, damit die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähig und dem 21. Jahrhundert gewachsen ist.

Über die Fonds und Programme, die Mittel zum Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal beisteuern, (etwa InvestEU oder der Fonds für einen gerechten Übergang) ist bedarfsgerechte Finanzierung verschiedenster Projekte möglich. Über entsprechende Programme und Produkte können sowohl kleine Projekte (z. B. energetische Gebäudesanierung einzelner Haushalte) als auch größere (z. B. der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Ladestationen für Elektrofahrzeuge) gefördert werden. Die Investitionsförderung wird an das mit dem jeweiligen Projekt verbundene Risiko angepasst.

Beispiele für nachhaltige Investitionsprojekte, die über die Investitionsoffensive für Europa gefördert wurden, geben Aufschluss darüber, welche Art von Projekten durch InvestEU im Rahmen des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal gefördert werden könnten. Zu diesen Projekten gehören die [Modernisierung der Fernwärmeversorgung in Budapest](#), die Unterstützung der Installation von Sonnenkollektoren auf Wohnhäusern, die [Steigerung der Energieeffizienz](#) von Industrieunternehmen in Litauen und die [Modernisierung der Strom- und Wärmeversorgung in Zagreb](#).

Bei dem Mechanismus für einen gerechten Übergang werden die sozialen und wirtschaftlichen Kosten des Übergangs in den am stärksten betroffenen Regionen im Mittelpunkt stehen; finanziert werden Projekte zur Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Hilfe für Unternehmen, zur Unterstützung von Arbeitsuchenden, die aufgrund des Übergangs ihren Arbeitsplatz verloren haben, bei der Arbeitssuche

und der Umschulung, aber auch in den Bereichen Renovierung von Gebäuden und Investitionen in erneuerbare Energie, Fernwärmenetze und nachhaltigen Verkehr.

Wie wird die Kommission sicherstellen, dass es genügend finanzierbare Projekte gibt?

Bei der Umsetzung des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal wird eine der größten Herausforderungen darin bestehen, eine Pipeline von Investitionsprojekten zu entwickeln, die den strategischen Zielen der EU entsprechen. Solche Investitionsprojekte gibt es noch nicht in ausreichender Zahl. Technische Hilfe und Beratung auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung werden dazu beitragen, nachhaltige Projekte zu identifizieren und vorzubereiten und Projektträger beim Kapazitätsaufbau zu unterstützen.

Im Zuge dieser Bemühungen werden Mitgliedstaaten bei der Gestaltung und Umsetzung wachstumsfördernder Reformen Hilfe über das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen erhalten. Auf der Ebene der Projektträger wird über die InvestEU-Beratungsplattform und die Beratungsinitiativen aus dem Programm InvestEU Unterstützung bei der Identifizierung, Vorbereitung, Entwicklung, Strukturierung, Vergabe und Durchführung von Investitionsprojekten zur Verfügung zu stellen. Die Kommission wird auch dafür sorgen, dass die Unterstützung für Behörden und jedes einzelnen Projekts auf koordinierte Art und Weise erfolgt. Dies könnte auch in Form von Hilfe bei der Kombination verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten in umfassenden Regionalplänen erfolgen.

Über den Mechanismus für einen gerechten Übergang wird die Kommission die Mitgliedstaaten und Regionen zunächst bei der Ausarbeitung gebietsspezifischer Pläne für einen gerechten Übergang unterstützen. Danach soll eine Plattform für einen gerechten Übergang bei der Entwicklung der Projektpipeline in den von den Herausforderungen des Übergangs am stärksten betroffenen Regionen helfen.

Wie wird die Kommission kontrollieren, ob die geförderten Investitionen tatsächlich nachhaltig sind?

Zum Erreichen der ehrgeizigen Klimaschutzziele der Union wird auch ein verbessertes, belastbares Berichterstattungs- und Überwachungssystem beitragen, das auf den spezifischen Methoden der jeweiligen Programme aufbaut.

Die Kommission wird zudem jedes Jahr einen Gipfel für nachhaltige Investitionen mit allen Interessenträgern veranstalten. Dieser wird Gelegenheit bieten, bezüglich des Fortschritts in allen Aktionsbereichen des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal Bilanz zu ziehen und die nächsten Schritte herauszuarbeiten.

Welche Rolle wird die EU-Taxonomie bei dem Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal spielen?

Die Kommission begrüßt die unlängst erzielte politische Einigung von Rat und Parlament über die Verordnung über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen, einschließlich der EU-Taxonomie. Die Verordnung gibt dem Privatsektor ein einheitliches Verständnis darüber an die Hand, was grüne Investitionen sind, und schafft die Grundlage für ein EU-weites Klassifizierungssystem für ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten. Die Kommission wird die Klima-Taxonomie bis Ende 2020 und die Taxonomie für alle anderen Umweltziele bis Ende 2021 erstellen.

Die EU-Taxonomie wird in die Methodik von InvestEU zur Verfolgung klimabezogener Ausgaben einfließen, die die InvestEU-Durchführungspartner anwenden werden.

Die Kommission wird ferner prüfen, wie die EU-Taxonomie im Kontext des europäischen Grünen Deals über InvestEU hinaus vom öffentlichen Sektor genutzt werden kann.

Wie wird der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal den Menschen und Regionen helfen, die von dem Übergang zu einer grünen Wirtschaft am stärksten betroffen sind?

Die EU ist auf dem Weg zur Klimaneutralität, doch nicht alle Mitgliedstaaten und Regionen starten vom gleichen Ausgangspunkt. Manche sind weiter von den Klimazielen entfernt als andere. Der Übergang wird sich außerdem auf einige Regionen besonders stark auswirken. Dies gilt insbesondere für die Regionen, in denen Arbeitsplätze von fossilen Brennstoffen (Steinkohle, Braunkohle, Torf und Ölschiefer) oder von treibhausgasintensiven industriellen Prozessen abhängen.

Eine Wende in diesen Regionen ist Voraussetzung für die Klimaneutralität. Bei dem Übergang zu einer grünen Wirtschaft müssen die Menschen an erster Stelle stehen und die Regionen, Wirtschaftszweige und Arbeitnehmer, die vor den größten Herausforderungen stehen werden, im Auge behalten werden. Der Übergang kann nur dann gelingen, wenn er überall gelingt.

Um sicherzustellen, dass der Übergang gerecht gestaltet wird und den Sorgen der am stärksten

betroffenen Mitgliedstaaten, Regionen, Unternehmen und Arbeitnehmern Rechnung getragen wird, schlägt die Kommission einen Mechanismus für einen gerechten Übergang vor, mit dem gezielt Unterstützung bereitgestellt werden soll.

Woraus besteht der Mechanismus für einen gerechten Übergang und wie wird er finanziert?

Während bei dem Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal der Erfolg des Grünen Deals insgesamt im Mittelpunkt steht, zielt der Mechanismus für einen gerechten Übergang speziell auf die Regionen ab, auf die sich der Übergang besonders auswirkt. So wird sichergestellt, dass der Übergang zur Klimaneutralität für alle ein Erfolg wird.

Der Mechanismus für einen gerechten Übergang baut auf drei Finanzierungssäulen auf:

- **Fonds für einen gerechten Übergang:** Der neue Fonds wird mit eigenen Mitteln ausgestattet und innerhalb des EU-Haushalts angesiedelt. Die Kommission schlägt vor, 7,5 Mrd. EUR zusätzlich zu ihrem Vorschlag für die langfristige Haushaltsplanung vorzusehen. Der Fonds ist Gegenstand eines neuen Gesetzgebungsvorschlags, der gleichzeitig mit dem Investitionsplan für einen europäischen Grünen Deal vorgelegt wird. Die Mitgliedstaaten werden für jeden Euro aus dem Fonds für einen gerechten Übergang weitere 1,5 EUR bis 3 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus bereitstellen. Diese Mittel aus dem EU-Haushalt werden zusätzlich ergänzt durch nationale Kofinanzierung gemäß den Vorschriften der Kohäsionspolitik. Insgesamt werden die Mittel sich im Zeitraum 2021-2027 auf 30 Mrd. bis 50 Mrd. EUR belaufen. Über den Fonds werden in erster Linie Zuschüsse für Regionen zur Verfügung gestellt, in denen viele Menschen in der Steinkohle-, Braunkohle-, Ölschiefer- oder Torfproduktion arbeiten oder in denen treibhausgasintensive Industrien angesiedelt sind. Dadurch werden beispielsweise Arbeitnehmer dabei unterstützt, Fähigkeiten und Kompetenzen für den Arbeitsmarkt der Zukunft zu erwerben, aber auch KMU und neue wirtschaftliche Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Regionen werden gefördert. Auch Investitionen in die Energiewende, etwa in Energieeffizienz, soll Unterstützung zukommen.
- **Eine spezielle Übergangsregelung im Rahmen von InvestEU** zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von bis zu 45 Mrd. EUR. Diese Regelung soll private Investitionen ankurbeln, die den betreffenden Regionen zugutekommen, und dort neue Quellen des wirtschaftlichen Wachstums erschließen. Beispiele wären Projekte in den Bereichen Dekarbonisierung, wirtschaftliche Diversifizierung der Regionen, Energie, Verkehr und soziale Infrastruktur. Für die Regelung gelten die Grundsätze von InvestEU, und ein Teil der Mittelausstattung von InvestEU wird auf die Ziele des gerechten Übergangs ausgerichtet sein. Das Ziel, Investitionen in Höhe von bis zu 45 Mrd. EUR zu generieren, entspricht einer Bereitstellung von rund 1,8 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt für das Programm InvestEU.
- **Eine durch den EU-Haushalt abgesicherte Darlehensfazilität der Europäischen Investitionsbank für den öffentlichen Sektor** zur Mobilisierung von Investitionen in Höhe von 25 Mrd. bis 30 Mrd. EUR. Aus dieser Fazilität werden Darlehen zu Vorzugsbedingungen für den öffentlichen Sektor vergeben, etwa für Investitionen in Energie- und Verkehrsinfrastruktur, Fernwärmenetze und die Renovierung oder Wärmedämmung von Gebäuden. Die Darlehensfazilität wird mit 1,5 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und auf eigenes Risiko begebene EIB-Darlehen von 10 Mrd. EUR ausgestattet. Die Kommission wird im März 2020 einen Gesetzgebungsvorschlag zur Einrichtung dieser neuen Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor vorlegen.

Bei dem Mechanismus für einen gerechten Übergang geht es um mehr als nur um Finanzhilfen: Mithilfe einer Plattform für einen gerechten Übergang wird die Kommission den Mitgliedstaaten, Regionen und Investoren auch technische Hilfe leisten und dafür sorgen, dass die betroffenen Gemeinschaften, lokalen Behörden, Sozialpartner und Nichtregierungsorganisationen einbezogen werden. Über diese Plattform können alle betroffenen Sektoren bilateral und multilateral Erfahrungen bezüglich gewonnener Erkenntnisse und bewährter Verfahren austauschen. Die Kommission wird zudem Investitionen in den Übergang erleichtern, indem sie gewährleistet, dass der Rechtsrahmen die richtigen Anreize bietet.

Wie können die Mitgliedstaaten über den Mechanismus für einen gerechten Übergang Unterstützung erhalten?

Die drei Finanzierungssäulen werden durch gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang verbunden. Unter Berücksichtigung der Analyse der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters werden die Mitgliedstaaten einen oder mehrere gebietsspezifische Pläne für einen gerechten Übergang ausarbeiten, in denen der Übergangsprozess bis 2030 im Einklang mit den nationalen Energie- und Klimaplänen und dem Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft dargelegt wird. In den gebietsspezifischen Plänen für einen gerechten Übergang werden die Gebiete genannt, die besonders betroffen sind und unterstützt werden sollten. In den Plänen werden die sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Herausforderungen in jedem dieser Gebiete dargelegt und gegebenenfalls

Einzelheiten bezüglich des Bedarfs an und der Maßnahmen für wirtschaftliche Diversifizierung, Umschulungen und Umweltsanierung angeführt.

Die Genehmigung der Pläne durch die Kommission ist Voraussetzung für eine zweckgebundene Finanzierung aus dem Fonds für einen gerechten Übergang (Säule 1 des Mechanismus für einen gerechten Übergang), InvestEU (Säule 2) und der EIB-Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor (Säule 3). Projekte in Regionen, deren Plan für einen gerechten Übergang genehmigt wurde, oder Projekte, die diesen Regionen unmittelbar zugutekommen (auch wenn sie nicht dort durchgeführt werden), können die spezielle InvestEU-Regelung und die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor in Anspruch nehmen; Dies gilt nur unter der Voraussetzung, dass die Finanzhilfen außerhalb der betreffenden Gebiete den Übergang in diesen Gebieten fördern. Dies gilt insbesondere für Verkehrs- oder Energieinfrastrukturprojekte, die die Anbindung dieser Gebiete verbessern.

Über den Fonds für einen gerechten Übergang geförderte Gebiete werden auch im Rahmen einer speziellen Fazilität für technische Hilfe Unterstützung erhalten, die auf Initiative der Kommission eingerichtet werden soll.

Welche Länder können Mittel aus dem Fonds für einen gerechten Übergang erhalten, und wie errechnet sich der Zuteilungsbetrag?

Der Fonds für einen gerechten Übergang soll allen EU-Mitgliedstaaten zugutekommen. Da das Vereinigte Königreich beabsichtigt, aus der Europäischen Union auszutreten, ist der Vorschlag auf eine Union mit 27 Mitgliedstaaten ausgerichtet.

Die Zuteilung der Mittel aus dem Fonds für einen gerechten Übergang richtet sich nach den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, die erforderlichen Investitionen für die Bewältigung des Übergangs zur Klimaneutralität zu finanzieren. Bei der Berechnung fließen folgende Faktoren ein:

- das Ausmaß der mit dem Übergang verbundenen Herausforderungen für die CO₂-intensivsten Regionen, in denen Treibhausgase ausgestoßen werden;
- die sozialen Herausforderungen aufgrund möglicher Arbeitsplatzverluste in der Industrie, im Kohle- und Braunkohlebergbau und in der Torf- und Ölschiefergewinnung sowie die Notwendigkeit der anschließenden Umschulung von Arbeitskräften;
- der wirtschaftliche Entwicklungsstand der Mitgliedstaaten und die daraus resultierenden Investitionsmöglichkeiten.

Die Mitgliedstaaten werden die ihnen zugeteilten Mittel aus dem Fonds für einen gerechten Übergang über einen Transfermechanismus mit den ihnen zugewiesenen Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds Plus aufstocken. Zudem werden sie die Unionsmittel im Einklang mit den kohäsionspolitischen Vorschriften durch nationale Mittel ergänzen. Die Höhe der Kofinanzierung durch die Union wird sich nach der Kategorie der Region richten, in der sich die ermittelten Gebiete befinden. Der Fonds für einen gerechten Übergang wird somit Gesamtmittel in Höhe von 30 bis 50 Mrd. EUR umfassen.

Wie wird der Fonds für einen gerechten Übergang durch Unterstützung über InvestEU und die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor ergänzt?

Die Unterstützung durch den Fonds für einen gerechten Übergang wird durch eine spezielle Regelung für einen gerechten Übergang im Rahmen von InvestEU ergänzt, die ein breiteres Spektrum an Investitionen umfasst. Einen Beitrag zum Übergang leistet sie insbesondere durch Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung CO₂-armer Technologien und der Klimaresistenz, etwa von Investitionen in erneuerbare Energien und der Energieeffizienz. Zudem ermöglicht es diese Regelung, Energie- und Verkehrsinfrastrukturprojekte, einschließlich der Gasinfrastruktur und Fernwärmeversorgung, aber auch Dekarbonisierungsprojekte sowie Vorhaben zur wirtschaftlichen Diversifizierung der Regionen und zum Ausbau der sozialen Infrastruktur finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus werden über eine neue Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor, die zusammen mit der EIB eingerichtet werden soll, Finanzmittel für die lokalen Behörden in den betreffenden Regionen bereitgestellt. Die von InvestEU und der Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor geförderten Investitionen fließen nicht nur in Projekte in Übergangsbereichen, sondern auch in Projekte, die dem Übergang in diesen Regionen unmittelbar zugutekommen.

Worin besteht die Rolle der Europäischen Investitionsbank im Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal und im Mechanismus für einen gerechten Übergang?

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe ist ein wichtiger Partner der Europäischen Kommission. Die EIB-Gruppe beteiligt sich auf zweierlei Arten am Mechanismus für einen gerechten Übergang:

- Erstens ist sie mit einem Anteil von 75 % an der Garantie der wichtigste Finanzierungspartner für InvestEU, das Rückgrat des Investitionsplans für den europäischen Grünen Deal. Zudem wird der Mechanismus für einen gerechten Übergang eine spezielle Regelung im Rahmen von InvestEU

umfassen, um zusätzliche Investitionen zugunsten der am stärksten betroffenen Regionen zu mobilisieren. Dabei werden die allgemeinen Bedingungen von InvestEU gelten, und die EIB wird weiterhin der bevorzugte Partner sein.

- Zweitens wird die EIB zu einer Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor beitragen, die nationale und regionale Behörden durch zinsgünstige Darlehen unterstützt. Mit dem Beitrag von 1,5 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und den auf eigenes Risiko gewährten EIB-Darlehen von 10 Mrd. EUR könnte die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor im Zeitraum 2021-2027 öffentliche Investitionen von 25 bis 30 Mrd. EUR mobilisieren. Verwendet werden sollen die Mittel unter anderem für Investitionen in Energie- und Verkehrsinfrastrukturen, Fernwärmenetze sowie die Gebäuderenovierung und -dämmung.

Wie soll der Beitrag von InvestEU zum gerechten Übergang aussehen? Wird dafür ein Teil der Haushaltsgarantie vorgesehen? Sind erneut Verhandlungen mit den Gesetzgebungsorganen über die Verordnung erforderlich?

Über die InvestEU-Verordnung wird nicht noch einmal neu verhandelt. Ein Teil der Mittelausstattung des Fonds InvestEU wird auf die Ziele des gerechten Übergangs ausgerichtet. Dies könnte im Zeitraum 2021-2027 Anreize für Investitionen in Höhe von bis zu 45 Mrd. EUR schaffen, mit denen der Übergang in den betreffenden Regionen unterstützt würde. Die Mittel würden dann nach dem nationalen Zuweisungsschlüssel im Rahmen des Fonds für einen gerechten Übergang zugewiesen. Letztendlich wird sich InvestEU jedoch weiterhin an der Nachfrage und der Projektpipeline orientieren, und das Erreichen der Ziele wird nicht zuletzt von der Aufnahmekapazität der betroffenen Regionen abhängen. Für das Gesamtziel von 45 Mrd. EUR würden rund 1,8 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt für das Programm InvestEU bereitgestellt.

Um eine unnötige Beschränkung der Anzahl der Projekte zu vermeiden, wird InvestEU nicht nur Investitionen in Projekte fördern, die in Übergangsgebieten durchgeführt werden (d. h. in Regionen mit einem Plan für einen gerechten Übergang, der im Rahmen der Verordnung über den Fonds für einen gerechten Übergang genehmigt wurde), sondern auch in Projekte, die diesen Regionen unmittelbar zugutekommen. Dies gilt insbesondere für Verkehrs- oder Energieinfrastrukturprojekte, die die Anbindung dieser Übergangsgebiete verbessern. Im Vergleich zum Fonds für einen gerechten Übergang wird InvestEU – im Einklang mit den weniger eng gefassten Investitionsförderungskriterien – auch Investitionen in ein breiteres Spektrum von Projekten ermöglichen. InvestEU wird unter anderem die Finanzierung von Dekarbonisierungsprojekten und Vorhaben zur wirtschaftlichen Diversifizierung von Regionen sowie zum Ausbau der sozialen Infrastruktur, aber auch Projekte im Bereich der Energie- und Verkehrsinfrastruktur wie etwa Gasinfrastruktur- und Fernwärmeprojekten unterstützen.

Wie soll die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor in der EIB-Gruppe aussehen? Wer soll Mittel erhalten?

Die Darlehensfazilität richtet sich gezielt an diejenigen Regionen, die vom Übergang am stärksten betroffen sind. Die geografische Abdeckung würde genau jener der InvestEU-Regelung für einen gerechten Übergang (2. Säule des Mechanismus für einen gerechten Übergang) entsprechen. Gefördert würden somit Vorhaben in den Regionen mit genehmigten Plänen für einen gerechten Übergang sowie Vorhaben, die diesen Regionen unmittelbar zugutekommen.

Die unterstützten Investitionen fließen unter anderem in Energie- und Verkehrsinfrastrukturen, Fernwärmenetze, Energieeffizienzmaßnahmen wie die Gebäudesanierung und in soziale Infrastrukturen, doch es kommen auch andere Sektoren in Betracht.

Die Unterstützung im Rahmen der Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor kommt Vorhaben zugute, bei denen keine Einnahmen erzielt werden und die anderenfalls nicht finanziert würden. Sie ergänzt somit die im Rahmen der InvestEU-Regelung für einen gerechten Übergang bereitgestellten Produkte.

Die Kommission wird im März 2020 einen Gesetzgebungsvorschlag zur Einrichtung dieser neuen Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor vorlegen.

QANDA/20/24

Kontakt für die Medien:

[Vivian LOONELA](#) (+32 2 296 67 12)
[Stefan DE KEERSMAECKER](#) (+32 2 298 46 80)
[Marta WIECZOREK](#) (+32 2 295 81 97)
[Sara SOUMILLION](#) (+32 2 296 70 94)
[Balazs UJVARI](#) (+32 2 295 45 78)
[Claire JOAWN](#) (+32 2 295 68 59)
[Siobhán MILLBRIGHT](#) (+32 2 295 73 61)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

<@links@>